

Taiwan im Zentrum des neuen kalten Kriegs?

Susanne Weigelin-Schwiedrzik

Nr. 6/2020

Darum geht's

In Taiwan haben im Januar dieses Jahres Wahlen stattgefunden, aus denen Präsidentin Tsai Ing-wen mit 57% der Stimmen als eindeutige Siegerin hervorging. Wenig später setzte in Ostasien die Corona-Virus-Krise ein, und Taiwan gelangte als Beispiel für eine intelligente Eindämmung des Virus für einen kurzen Augenblick in die weltweiten Schlagzeilen. Dass Taiwan früher als die VR China eine diplomatische Charme-Offensive eröffnete und in befreundete Länder Masken schickte, ist in Europa weniger aufgefallen. Noch weniger ist aufgefallen, dass Taiwan schon seit einiger Zeit in das Zentrum der Rivalität zwischen den USA und der VR China geraten ist.



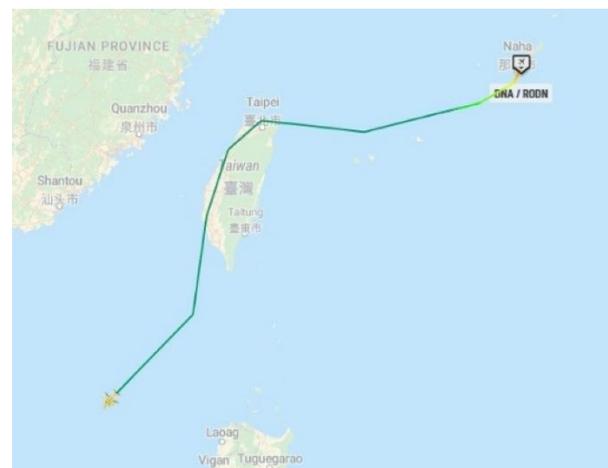
Tsai Ing-wen

Quelle: taiwannews.com.tw

Die Faktenlage

Am 9. Juni dieses Jahres überflog eine amerikanische Militärtransportmaschine mit Erlaubnis der Behörden auf Taiwan die Insel und verletzte damit nach Vorstellungen der Regierung der VR China den chinesischen Luftraum. Am 4. Juni 2020 hatte die amerikanische Marine zum siebten Mal seit Beginn des Jahres die Straße von Taiwan

durchfahren, während die chinesische Volksbefreiungsarmee Militärmanöver zur Schau stellte, in denen von einer vorgelagerten Insel aus die militärische Einnahme Taiwans geübt wurde. Wenig vorher hatte Präsidentin Tsai Ing-wen eine Rede zu ihrem zweiten Amtsantritt gehalten, in der sie die von Peking vorgesehene Politik von „ein Land, zwei Systeme“ unmissverständlich ablehnte. Dabei ging sie nicht ganz so weit in ihrer Deutlichkeit gegenüber Peking, wie sie dies im Wahlkampf getan hatte. Im September 2019 hatte sie eine Rede gehalten, in der sie das Wort Souveränität für Taiwan in Anspruch genommen und gesagt hatte: *„Die Republik China hat sich nun schon seit über 70 Jahren auf Taiwan gehalten. Sobald das System ‚ein Land, zwei Systeme‘ akzeptiert würde, gäbe es keinen Raum für die Existenz der Republik China mehr. Meine Aufgabe als Präsidentin besteht darin, mutig die Souveränität des Landes zu bewahren. Das ist keine Herausforderung, sondern meine grundlegendste Verantwortung.“*



Flugroute des US Navy Flugzeugs über Taiwan am 16.06.2020

Quelle: <https://www.taiwannews.com.tw/en/news/3948690>

Von besonderer Relevanz ist:

- Als Bezeichnung für das Land, an dessen Spitze Tsai Ing-wen steht, führte sie eine unübliche Terminologie an, indem sie von Republik China Taiwan sprach. Dieser Name für die politische Entität Taiwan unterstreicht deren Unabhängigkeit und kündigt den Konsens von 1992 auf, den die damalige Kuomintang Regierung auf Taiwan mit der Regierung in Peking gefunden hatte. Die nationalistische Kuomintang ist sich nämlich seit jeher mit der Kommunistischen Partei Chinas einig, dass es nur ein China geben kann und Taiwan zu China gehört. Generalissimo Tschiang Kaishek hatte Präsident Roosevelt bereits vor der Konferenz in Kairo im Herbst 1943 davon überzeugt, dass die Insel im Falle einer Niederlage Japans an die Republik China zurückgegeben werden müsse, nachdem sie 1895 als Folge des Vertrags von Shimonoseki nach der Niederlage des Qing-Reiches im 1. Sino-Japanischen Krieg zur japanischen Kolonie geworden war. Als die Regierung der Republik China im Zuge des Bürgerkriegs zwischen 1947 und 1949 erkennen musste, dass sie sich auf dem chinesischen Festland nicht halten konnte, zog sie sich auf die Insel Taiwan zurück, hielt aber daran fest, dass es zu einer Wiedervereinigung unter ihrer Führung kommen müsse. Die KPCh, die interessanterweise vor der Konferenz von Kairo Taiwans Zukunft als eigenständiger Staat sah, vertritt seit ihrer Machtübernahme ebenfalls die Auffassung, dass China wiedervereinigt werden sollte, beansprucht allerdings ihrerseits die Führerschaft in diesem Prozess. Der 1992 gefundene Konsens zwischen den beiden ehemaligen Bürgerkriegskontrahenten bestand nun darin, dass man sich darauf einigte, dass es nur ein China geben könne und dass die Frage, wie dieses China politisch regiert werden sollte, unterschiedlichen Auslegungen unterliege.
- Auf der Grundlage dieser ungewöhnlichen Einigung ist es seit den neunziger Jahren zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen Festlandchina und Taiwan gekommen, die vor allem in der Wirtschaft, im Bereich des Tourismus, aber auch in Kultur und Wissenschaft erstaunliche Ausmaße annahm. Unter Präsident Ma Ying-jeou erreichte diese Zusammenarbeit einen Höhepunkt, machte die zunehmende Präsenz Festlandchinas auf der Insel aber auch so stark spürbar, dass eine Gegenbewegung einsetzte, die zur Wahl von Tsai Ing-wen als Vertreterin der nach Unabhängigkeit strebenden Demokratischen Fortschrittspartei zur Präsidentin im Jahr 2016 führte.
- In ihrer Ansprache aus Anlass des zweiten Amtsantritts im Mai 2020 betont die Präsidentin, dass die Verhältnisse zwischen Taiwan und Festlandchina verantwortlich und friedlich gehandhabt werden sollten. Bisher beinhaltete diese Aussage stets, dass auf beiden Seiten der Taiwan Straße am Status Quo festzuhalten sei. Jetzt scheint das Festhalten am Status Quo auf größere Hindernisse zu stoßen. Dabei hat die Bevölkerung auf Taiwan im Zuge der Demokratisierung immer wieder Wahlen dazu genutzt, ihren Präferenzen bezogen auf die Nähe zur Volksrepublik China Ausdruck zu verleihen. Als Chen Shuibian als erster Präsident aus den Reihen der Demokratischen Fortschrittspartei versuchte, Taiwan im Zuge eines Referendums für unabhängig zu erklären, konnte er diese Pläne nicht umsetzen, da die Wahlen für den Legislativ Yuan eine Mehrheit für die Kuomintang Partei ergaben, welche an der Einheit mit dem Festland festhielt. Sein Nachfolger wurde Ma Ying-jeou als Vertreter der Kuomintang. Dieser hielt sich – wie schon sein Vorgänger – zwei Amtsperioden, während derer Ma eine Politik der weitgehenden Anlehnung an die VR China verfolgte. Als sich abzeichnete, dass mit Tsai Ing-wen wieder eine Vertreterin der Demokratischen Fortschrittspartei und damit eine Politikerin die Führung des Landes übernehmen würde, die nie einen Hehl daraus gemacht hatte, dass sie für die Unabhängigkeit Taiwans eintritt, ließ sich das Wahlvolk auf Taiwan von den

Drohgebärden der VR China nicht davon abhalten, diese Politikerin nicht nur für eine, sondern sogar für zwei Amtszeiten zur Präsidentin zu küren. Seitdem haben Vertreter der VR China mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass sie eine Unabhängigkeit Taiwans notfalls auch mit militärischen Mitteln verhindern würden. Dabei versuchte Peking die Bevölkerung auf Taiwan für ihr Modell von „ein Land, zwei Systeme“ zu gewinnen und am Beispiel Hongkongs deutlich zu machen, dass Taiwan als Sonderverwaltungszone ökonomisch profitieren könne, während das politische System und der Lebensstil der Menschen unverändert blieben. Die Entwicklung in Hongkong, die natürlich von Taiwan aus genauestens beobachtet wurde, hat in den letzten Jahren nicht dazu beigetragen, den Argumenten Pekings besonderen Nachdruck zu verleihen. Der herausragende Sieg Tsai Ing-wens ist auch darauf zurückzuführen, dass immer weniger Menschen auf Taiwan daran glauben, dass man der Politik von „ein Land, zwei Systeme“ vertrauen kann.

- Zugleich hat die Regierung unter Tsai Ing-wen außenpolitisch eine neue Orientierung vorgelegt. Mit der sogenannten Südpolitik sucht sie Anschluss an Südostasien. So ermutigt sie die zahlreichen Unternehmer, die von Taiwan aus Firmen in der VR China aufgebaut haben, ihre Unternehmen nach Südostasien zu verlagern auch unter Hinweis darauf, dass die Lohnkosten in China inzwischen derart hoch seien, dass es sich nicht mehr lohne, in der VR China zu produzieren.
- Die schrittweise Abkoppelung von der VR China, die nun schon seit einigen Jahren zu beobachten ist, führt allerdings dazu, dass die USA und Japan verstärkt Taiwan in ihre jeweiligen politischen Strategien für die Region einbinden. So hat die japanische Regierung einige Anstrengungen unternommen, das immer noch durch die Ereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägte Bild des militaristisch-expansionistischen Japans durch Förderung einer Geschichtsschreibung aufzubessern, die vor allem die Vorteile hervorhebt, welche Taiwan in der



Manöver der PLA zur militärischen „Befreiung“
Taiwans. Quelle: scmp.com

Kolonialzeit haben genießen können. Kritische Stellungnahmen zur so genannten Trostfrauen-Problematik und zur Zwangsassimilierung der Bevölkerung auf Taiwan sollen demgegenüber in der öffentlichen Debatte in den Hintergrund treten. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht des japanischen Außenministeriums wird Taiwan als ein „*besonders wichtiger Partner und guter Freund*“ bezeichnet. Taiwans Hoffnung auf einen Beobachterstatus in der WHO wird von Japan aktiv unterstützt.

So sehe ich das:

- Der Strategiewechsel der USA und seine Folgen für Taiwan: Angesichts der zunehmenden Rivalität zwischen den USA und der VR China in der Region verfolgen die USA im Gegensatz zu früher immer deutlicher eine Politik der Unterstützung von Unabhängigkeitsbestrebungen in Taiwan. Während in den fünfziger Jahren die USA die Regierung der Republik China unter Tschiang Kaishek genauso wie die Sowjetunion die Regierung der VR China unter Mao Zedong immer wieder davon abzuhalten versuchte, militärische Mittel zur Herstellung der Wiedervereinigung einzusetzen, hat sich nun das Blatt gewendet. Die USA, die im Zuge der diplomatischen Anerkennung der VR China ihre Beziehungen zur Republik China aufgeben mussten und sich bisher an die Regelungen hielten, die für die besondere Situation Taiwans mit der Regierung der VR China Ende der siebziger Jahre abgesprochen waren, probieren nun Schritt für Schritt einen neuen Modus Vivendi in den Beziehungen zu Taiwan und der VR China aus, ein Vorgang, welcher Peking natürlich nicht unbemerkt geblieben ist. So spricht einiges dafür, dass die USA die Regierung auf Taiwan dazu drängen, sich in die anti-chinesische Koalition einzureihen, an deren Stärkung die USA seit einiger Zeit arbeiten. In einem Bericht des US State Department über die Umsetzung der Politik in Südostasien wird denn auch Taiwan als ein Land genannt, das als Partner in die
- US-Strategie integriert sei. Damit wird erstmals seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der VR China im Jahr 1978 offen Taiwan als Partner der USA in Ostasien genannt. In dem Bericht des State Department wird von Partnerschaften unterschiedlicher Intensität gesprochen und Taiwan in die zweithöchste Gruppe eingereiht, zusammen mit Neuseeland, Singapur und der Mongolei, die als Demokratien zu den natürlichen Verbündeten der USA in der Region zu zählen seien. In eben diesem Bericht wird auch ausgeführt, dass die USA in Zukunft ihre Verbündeten in der Region und darüber hinaus auffordern werden, enger mit Taiwan zusammenzuarbeiten.
- Taiwan im Zentrum des neuen kalten Kriegs: Die VR China verstärkt nicht nur ihre militärische Präsenz und die dazu gehörende Rhetorik, sie droht der Regierung in Taiwan immer häufiger mit Sanktionen. Die Luftwaffe der Volksbefreiungsarmee hat in letzter Zeit wiederholt über Taiwan Präsenz gezeigt, wobei Beobachter der Szene den Eindruck gewannen, Peking teste die Grenzen der Möglichkeiten aus, seine Gegner zu provozieren. Auf der anderen Seite wird ein ähnliches Spiel gespielt, was zu einer Zunahme der Spannungen in der Region geführt hat, die in jedem Lebensbereich spürbar ist. Die Kompromissbereitschaft der letzten Jahre und Jahrzehnte scheint aufgebraucht, das Gespräch zwischen den beiden Seiten der Taiwan Straße nicht nur auf Regierungsebene, sondern bis auf die Graswurzelebene der beiden Gesellschaften hinunter unmöglich. Für keine Seite ist der Status Quo mehr schützenswert. Taiwan ist damit zu einem Zentrum der Auseinandersetzung im neuen kalten Krieg geworden.